Nr. 238 XXVII. Jahrgang

Dienstag, 2. September 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 69. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 78-mm breite Reklamezeile M. 2.50, mit Platzvorschrift M. 3.—. Für Stellen- und Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche. Auf Bekanntmachungen 25 % Sondertarifen. Privatanzeigen 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1,75, vierteljährlich M. 5.10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1,85, „ „ 5,55
Postbezug im Ausland u. Eintragung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,00, nach dem Auslande M. 1,50.
Einzelnummer werktags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Der Reichspräsident in Dresden

Die Leiden des besetzten Gebietes

Das unglückliche Deutsche Reich ist wie ein halbseitig gelähmter Körper. Eine Reihe von Gliedmaßen kann es nicht rühren. Und wo nicht vollständige Bewegungslosigkeit herrscht, da treten schmerzhafte Krämpfe auf. Wir meinen hier insbesondere das besetzte Gebiet im Westen. Im Vergleiche der Engländer und Amerikaner liegen die Dinge verhältnismäßig günstig, abgesehen von den traurigen Strafurteilen, die hier und da in unsinniger Höhe wegen irgendeiner Kleinigkeit erlassen werden und das deutsche Gefühl verletzen müssen. Aber wirklicher Unfriede und ständige Gärung herrscht doch nur da, wo die Franzosen und Belgier die sogenannte Ordnung aufrechterhalten. Und wer ist schuld? Will man wirklich behaupten: die Deutschen? Lebt in Mainz und Wiesbaden, wo die Franzosen hausen, eine andere, unruhigere Bevölkerung als in Coblenz und Trier, wo die Amerikaner herrschen und alles viel ruhiger zugeht als rechtsrheinisch und südlich von Biebrich? Sind die Deutschen in Kaiserslautern und Malmedy, die von den Belgiern drangsaliert werden, anders geartet als ihre Landsleute in Cöln und Bonn, wo die britische Militärbehörde ein zwar strenges, aber erträgliches Regiment aufgerichtet hat?

Nun sagt man ja, der Pfälzer sei von jeher ein temperamentvoller Bruder gewesen. Der Pfälzer Wein gehe auf die Nerven und habe im Laufe der Generationen eine politisch allzu bewegliche Geistesverfassung erzeugt. Aber mit solchen Redensarten läßt sich der Putsch von Ludwigshafen a. Rh. nicht erklären. Es war der Versuch eines Handstreichs, der, wie sich immer mehr zeigt, nur mit französischer Hilfe und durch heimliche Aufhetzung ins Werk gesetzt werden konnte. Die Rebellen wären nicht in das Bezirksamt eingedrungen, wenn nicht französische Offiziere und Soldaten sie begleitet hätten. Der Pfälzer läßt sich vielleicht einmal aufheben und zu unbedachten Schritten verführen. Wenn man ihm aber dann sagt, er sei eigentlich kein Deutscher, so wird er nüchtern und verbittet sich das.

Und so ist es auch in der Rheinpfalz geschehen. Wie ein Mann erhoben sich in einer machtvollen Kundgebung Bürger und Arbeiter, um mit den Demagogen abzurechnen. Auch die Unabhängige Sozialdemokratie fehlte nicht. Mit voller Einmütigkeit wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Arbeiterschaft Ludwigshafens wird am Montag wieder die Arbeit aufnehmen. Sie erwartet jedoch von den französischen Behörden, daß alle unschuldig Verhafteten sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Ist das bis Montag nicht der Fall, wird die Arbeit in der ganzen Pfalz eingestellt. Weitere Vergewaltigungen der persönlichen Freiheit werden durch entsprechende Aktionen der Arbeiter- und Bürgerschaft beantwortet werden. Die Presse- und Versammlungsfreiheit ist sofort herzustellen, ebenso die volle Bewegungsfreiheit für die Regierungs- und Verwaltungsbehörden." Diese Versammlung bedeutet also einen vollen Erfolg für die reichstreue Bevölkerung in der Pfalz. Die Drohung mit dem Streik war hier berechtigt. Denn sie richtete sich gegen Vergewaltigung und Staatsstreich. Und sie scheint auch gewirkt zu haben, — fürs erste. Die französischen Organe, die Anhänger der „Freien Pfalz" und die Mitglieder des Landauer Separatistenbundes haben offenbar klein beigegeben.

Aber ob alle Gefahr vorüber, ist sehr die Frage. Immer noch spukt ja im Rheinland das Gespenst, und im Zusammenhang mit Pfälzer Putschversuchen stehen Ereignisse, die sich neuerdings in der Provinz Birkenfeld vorbereiten. Birkenfeld gehörte bisher zu Oldenburg und soll nach dem Willen der allermeisten Bewohner, weil rings von preußischem Gebiet umschlossen, Anschluß an Preußen suchen. Aber diese Rechnung ist ohne den französischen Militärverwalter, den Major Baklani, gemacht. Gibt der Landesausschuß nicht nach, so soll er aufgelöst und eine Pfälzisch-Birkenfelder Republik ausgerufen werden, natürlich durch deutsche Vermittlungsleute, die sogenannte provisorische Regierung Baltes und Genossen. Verräter finden sich ja immer. Aber Ursprungsmarke, Brief und Siegel sind französisch. Wo aber bleibt die deutsche Reichsregierung? Weiß sie noch immer nicht, was im Rheinland eigentlich vorgeht? Will sie weiter untätig zusehen, bis die Dinge einen Lauf genommen haben, den sie dann nicht mehr aufhalten kann. Mit papiernen Protesten ist da nichts getan. Man muß die Dinge bei der Wurzel fassen. Wir sind ein besiegtes Volk. Aber müssen wir die französische Rachsucht und Zerstückelungssucht über den Friedensvertrag hinaus ertragen? Wissen die tapferen Herren in der Berliner Wilhelmstraße, was im Kreise Eupen und Malmedy vorgeht? Eine Volksabstimmung soll entscheiden, ob die Gebiete zu Belgien kommen oder bei Deutschland bleiben. Aber was machen die Belgier daraus? Sie haben offene Listen aufgestellt, in die sich jeder Einwohner mit Ja oder Nein eintragen soll, ob er für Belgien ist oder nicht. Schreibt er Nein, so wird er, was man ihm schon jetzt androht, mit Kind und Kegel abgeschoben. Wer sich zur Abstimmungsfrage nicht erklärt, gilt als „Belgier"!!

Ist das Selbstbestimmungsrecht oder nicht vielmehr roheste Gewalt? Und was sagen die Friedensgaranten in Paris, London und Washington dazu? Traurig genug, daß wir uns auf ein Dokument, wie es der Versailler Vertrag ist, als auf die Rechtsgrundlage berufen müssen. Aber was in dem von den Franzosen und Belgiern besetzten Gebiete geschieht, ist Bruch des Friedens, Bruch des Völkerrechts, Bruch der Ordnung, die durch den Versailler Vertrag gesichert werden soll. Deutschland ist bemüht, den Anforderungen des Friedensabkommens gerecht zu werden, wie es nur irgend in seinen Kräften steht. Aber Gewalttat und Staatsstreich braucht es sich weder vor noch nach der allgemeinen Ratifikation gefallen zu lassen.

*

Französische Truppenansammlungen in der Pfalz

⊙ **Karlsruhe**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Außerordentliche Truppenansammlungen werden aus der Rheinpfalz gemeldet. In Ludwigshafen sind am Freitag weitere 4000 Mann Franzosen eingetroffen. In Speyer und Zweibrücken sind gleichfalls Proklamationen der neuen unabhängigen Pfälzischen Regierung durch französische Truppen zum Anschlag gebracht worden.

*

Absonderungsbestrebungen in Rhein-Hessen

⊙ **Frankfurt**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Bingen zeigt sich auch in Rhein-Hessen eine separatistische Bewegung. In Alzey und Bingen werden Flugblätter verbreitet, in denen die Unabhängigkeit von Rhein-Hessen gefordert wird. Versammlungen für die Selbständigkeit Rhein-Hessens werden überall einberufen.

Auch ein belgisches Schutzbündnis

ITA. **Köln**, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) **Nach einer Brüsseler Meldung der „Köln. Ztg." verlautet, daß zwischen Frankreich und Belgien ein Sonderabkommen vereinbart wurde, das eine ähnliche Tendenz sei wie das französisch-englisch-amerikanische Abkommen, das heißt, daß Frankreich sich verpflichtet, im Falle eines Angriffs auf Belgien sofort militärische Hilfe zu leisten.**

Der belgisch-holländische Konflikt

* **Rotterdam**, 1. September. Aus Brüssel, Paris und dem Haag liegen heute verschiedene Meldungen über Belgien und die belgischen Forderungen an Holland vor. Die holländische Delegation wird danach am Dienstag nach Paris zurückkehren, um die Beratungen vor dem Rat der Vierzehn wiederaufzunehmen. Der Minister des Auswärtigen Hymans, wird wahrscheinlich auf einen Wink der Pariser Konferenzkreise zurücktreten. Wenn Hymans jetzt zurückträte, so würde das zweifellos bedeuten, daß Belgien unter dem Schutze der Entente seine Ansprüche an Holland nachdrücklich geltend machen wird. Es liegt natürlich ganz im Interesse Englands, daß Holland in der Scheldefrage nachgibt. Der Schutzvertrag, der mit Belgien abzuschließen sein würde, könnte England das Recht geben, wenn es die Interessen Belgiens erfordern sollten, an der flandrischen Küste oder an der Schelde einzugreifen. Es ist sicher, daß die Angelegenheit einen kritischen Punkt erreicht hat, daß aber die holländischen Delegierten wahrscheinlich ihre durchaus feste Haltung weiter befolgen werden.

Der Vormarsch gegen Sowjet-Rußland

⊙ **Rotterdam**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Bukarest: Die Rumänen haben in der Bukowina die Offensive gegen Sowjet-Rußland aufgenommen. Rumänische Truppen nähern sich dem Dnjestr. — Die „Times" melden: An der Beschießung von Kronstadt und der russischen Ostseeküste beteiligen sich 30 englische Kriegsschiffe.

*

Der Frontdurchbruch der Bolschewisten

× **Mitau**, 31. August. **Die Lage an der estnisch-lettischen Front bei Pleskau ist äußerst bedrohlich. Der Frontdurchbruch der Bolschewisten ist vollständig gelungen. Die lettische Regierung befördert baltische Landeswehr beschleunigt an die Front. Nach Abtransport der baltischen Landeswehr stehen der lettischen Regierung in Kurland keine nennenswerten Truppen mehr zur Verfügung. Es sind örtliche Aufstände von Bolschewisten in den von den deutschen Truppen geräumten Gebieten ausgebrochen. Russische, lettische und baltische Zeitungen beurteilen die Lage sehr ernst. Die Stimmen, die deutsche Unterstützung fordern, mehren sich stündlich.**

*

Die Räumung des Baltikums

⊙ **Genf**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) **„Echo de Paris" meldet: Der Rat der Alliierten hat am Freitag die Vorgänge im Baltikum beraten und beschlossen, der deutschen Regierung eine Frist zur Räumung des Baltikums bis 30. September zu stellen.**

*

Die Pest

ITA. **London**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Eine drahtlose bolschewistische Meldung besagt, daß im Gebiet der Don-Kosaken die Pest ausgebrochen sei.

Hoover

Nach dem „Petit Journal" hat der Amerikaner Hoover den Posten eines Hohen Oberkommissars für die europäische Ernährung angenommen.

Der Besuch Eberts und Noskes

Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske haben nach Abschluß der Weimarer Tagung eine Reise durch Deutschland angetreten, um die Regierungen der einzelnen deutschen Länder zu begrüßen und die leitenden Persönlichkeiten, soweit ihnen diese noch nicht bekannt sind, kennenzulernen. Eine Art Antrittsbesuch also des obersten Vertreters der Staatsgewalt des neuen Deutschen Reiches. Die Herren hatten auf ihrer Rundreise, die sie von München aus über Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt führte, Gelegenheit, die Verhältnisse der einzelnen Länder unmittelbar kennenzulernen. Nicht mit dem verflossenen Pomp fürstlichen Gepränges, sondern schlicht und würdig war der Empfang, der allerorten dem Oberhaupt des neuen Deutschland zuteil wurde. Die vielfältigen großen Sorgen, die alle Kreise Deutschlands bewegen, fanden in zahlreichen Ansprachen ihren Ausdruck. Wir haben darüber bereits im einzelnen berichtet. Heute sind der Reichspräsident und der Reichswehrminister Gäste unsrer Landeshauptstadt. Nicht als die Führer einer politischen Partei, sondern als die vom Volk erwählten Leiter der Geschicke Deutschlands sind sie gekommen, Repräsentanten des demokratischen Gedankens im neuen Reich. Als solche grüßen wir sie von Herzen und mit der Hoffnung, daß sie berufen sein möchten, Deutschland aus tiefster Not herauszuführen, einer besseren Zukunft entgegen.

Der Empfang auf dem Bahnhof

Von Darmstadt kommend, trafen heute vormittag 8 Uhr 30 Minuten der Reichspräsident und der Reichswehrminister in Begleitung einer Anzahl Beamter und Offiziere auf dem Dresdner Hauptbahnhof zum Besuch der sächsischen Regierung ein. Hier hatten sich der Stellvertreter des zur Zeit nicht in Dresden weilenden Ministerpräsidenten, Minister des Innern Uhlig, und die übrigen sächsischen Minister zum Empfang eingefunden, begleitet von einer Anzahl Offiziere des sächsischen Reichswehrkommandos. Als Vertreter der Stadt war Bürgermeister Kretzschmar für den beurlaubten Oberbürgermeister anwesend. Minister Uhlig begrüßte den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister und stellte ihnen dann die sächsischen Minister und die übrigen Herren, die zum Empfang erschienen waren, vor.

Dann begab man sich nach dem Wiener Platz, wo Automobile bereit standen, die Gäste und ihre Begleitung nach der Gardereiterkaserne zu bringen.

Die Herren begaben sich mit ihrer Begleitung zunächst in das Offizierskasino der Gardereiterkaserne, wo Major v. Hingst einen Vortrag hielt über die militärischen Vorgänge der letzten Zeit und über die Neugestaltung der Reichswehrtruppe in Sachsen. Darauf schloß sich gegen ½10 Uhr

die Truppenbesichtigung.

Auf der Heerstraße vor den Kasernen waren die ersten beiden Bataillone des Reichswehrregiments Nr. 23 aufgestellt, Infanterie, Maschinengewehrabteilungen und Artillerie, dazu zwei Panzerwagen. Der Reichspräsident und der Reichswehrminister in Begleitung der sächsischen Minister Kirchhof, Uhlig, Harnisch und Nitzsche, des Generals Müller, Generalmajors Senfft v. Pilsach und zahlreicher andrer Offiziere schritten die Front ab. Die Kapelle spielte den Parademarsch. Minister Noske sprach dabei mit vielen Soldaten. Der Reichspräsident wie der Reichsminister hielten dann

Ansprachen an die Truppen

Reichspräsident Ebert sagte unter anderm, er habe es als eine der wichtigsten Aufgaben seiner Reise nach Sachsen angesehen, sich über die Reichswehr zu informieren. Er habe mit den Führern der Dresdner Truppen gesprochen, sie seien überzeugt, daß die Truppen ihre Pflicht tun würden. Dafür spreche er ihnen den Dank der Reichsregierung aus. Sachsen habe große innere Schwierigkeiten gehabt, besonders durch die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung. Diese Schwierigkeiten könne man aber nicht durch Putsche meistern, sondern nur durch Arbeit. Wer glaube, die Not der Zeit durch gewaltsame Putsche ändern zu können, dem müsse entschlossen und mit Gewalt entgegengetreten werden. Der Reichspräsident gedachte der Soldaten, die in den letzten Kämpfen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Sachsen gefallen seien. Er betonte zum Schluß, daß die große Mehrheit des arbeitenden Volkes hinter der Reichsregierung stehe.

Darnach nahm Reichswehrminister Noske das Wort. Er bedauerte, daß er bis jetzt nicht die Möglichkeit gehabt habe, mit den sächsischen Truppen in engere Fühlung zu treten. Im den nächsten Monaten und Jahren werde die Truppe noch manche Arbeit haben. Aber er werde nichts unternehmen, was gegen die Mehrheit des Volkes gerichtet sein könne. Er werde seine Pflicht stets als Sozialist und Demokrat tun. Was uns heute nottue, das sei, weitere Wirrnis von unserm Lande abzuhalten. Wenn Deutschland wieder gesund werden solle, müsse die Reichswehr selber mustergebend sein. Eine Truppe ohne Mannszucht, wie manche Narren sie sich in der ersten Zeit der Revolution vorgestellt hätten, sei eine Gefahr für das Land. Er verlange von der Truppe tadelloseste Haltung und absolute Unterordnung, körperliche Tüchtigkeit, Forsche und Schneidigkeit. Er werde immer für die beste Verpflegung und Ausrüstung besorgt sein. In der Ausrüstung gefalle ihm hier manches noch nicht. Vertrauen und Kameradschaftlichkeit seien das nötigste, um die neue, bessere Zeit herbeiführen zu helfen.

Nach diesen Ansprachen nahmen die Minister und ihre Begleitung den Vorbeimarsch der Truppe ab. Reichswehrminister Noske besichtigte zunächst eine Kaserne, während sich der Reichspräsident und die sächsischen Minister im Automobil zum Ministerium des Innern begaben.

Begrüßung durch die sächsische Regierung

Im Gebäude des Gesamtministeriums waren ½11 Uhr die Minister und ein großer Teil der verantwortlichen Beamten der gesamten Landesverwaltungen und Vertreter der Beamtenausschüsse versammelt. Minister Uhlig begrüßte den Reichspräsidenten in Vertretung des in den Ferien weilenden Ministerpräsidenten im Namen der Regierung, der Beamtenkammer und des gesamten Volkes. Der Besuch sei eine Gewähr dafür, daß die Reichsregierung volles Einverständnis dafür hätte, daß die einzelnen Reichsteile, besonders Sachsen, auch im Einheitsstaat ihre besonderen Bedürfnisse und Eigenarten hätten, die in jeder Weise Berücksichtigung verdienten. Der Minister besprach dann eingehend die politische und wirtschaftliche Lage Sachsens und zeigte sie als den Schlüssel zur politischen Stimmung in Sachsen. Sachsens besondere Notlage in bezug auf die so schwierigen Ernährungsverhältnisse, Sachsens kulturelle Schmerzen und Wünsche faßte der Minister zusammen und gab sie als Bitte des sächsischen Volkes dem Reichspräsidenten mit auf den Weg. Der Minister dankte der Reichsregierung dafür, daß sie Mittel zur Förderung der Wohnungsfürsorge zur Verfügung gestellt habe, und sprach die Hoffnung aus, daß das Reich auch bei Uebernahme der Eisenbahnen berücksichtigen werde, wie sehr diese Eisenbahnen durch das starke wirtschaftliche Leben Sachsens gefördert worden seien. Die Glieder des Reiches seien die Teile, die die Kraft des Reiches erzeugen. Der Minister sprach dem Präsidenten den Dank für sein Bekenntnis in Weimar aus, worin auch er in den Einzelstaaten die Quelle unsrer Kraft erkannt habe. Der Minister legte ein offenes Bekenntnis zur Reichseinheit und Reichstreue ab und sprach zum Schluß den Beamten, die sich ohne Rücksicht auf ihr persönliches Bekenntnis in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben, den Dank der Regierung aus.

Hierauf nahm Reichspräsident Ebert das Wort, der zunächst für die Begrüßung dankte und sein Bedauern aussprach, daß er seinen Freund Gradnauer heute nicht hier begrüßen könne. Der Zweck seiner Reise sei, zu versuchen, das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Freude an der gemeinsamen Arbeit für die Reichseinheit gemeinsam mit der Reichsleitung zu fördern und sich durch eigene Anschauung zu informieren über die Wünsche und Beschwerden, die der Bevölkerung in den Einzelstaaten auf der Seele brennen. Er freue sich, daß ihm überall, wie in Süddeutschland auch hier, eine freudige Treue zur Reichseinheit entgegenschalle. Er freue sich auch, die Beamten begrüßen zu können, die es ermöglicht hätten, das Land in einigermaßen ruhige Bahnen zu leiten. Auch namens der Reichsregierung spreche er ihnen den besten Dank aus. Die Reichsleitung werde die Wünsche Sachsens mit allen Kräften zu verwirklichen suchen. Es falle der Reichsleitung nicht ein, das Eigenleben der Gliedstaaten in spanische Stiefel zu schnüren, es würde ihm im Gegenteil weitester Spielraum gelassen. Deutschland würde einer glücklichen Zukunft entgegengehen, wenn die Treue zur Reichseinheit und die gemeinsame Arbeit von allen Seiten auch fernerhin gepflegt würde. Im Laufe seiner Rede nahm der Reichspräsident auch Gelegenheit, der Regierung und dem Volke sein aufrichtiges Beileid zum tragischen Tode des Ministers Neuring zum Ausdruck zu bringen.

½12 Uhr traf der Reichswehrminister Noske im Pillnitzer Schlosse ein und begrüßte die Mannschaften der Elbschutz-Halbflottille, die vor dem Wasserpalais Aufstellung genommen hatte. Kurze Zeit darauf traf der Reichspräsident in Begleitung der sächsischen Minister und einer Anzahl höherer Beamter in Pillnitz ein. Die Herren besichtigten einzelne Säle des Schlosses und das Interessanteste des Pillnitzer Schloßparkes. Um ½1 Uhr erfolgte die Abfahrt mit einem Dampfer der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft nach Meißen. An der Fahrt nahmen u. a. hervorragende sächsische Parlamentarier teil.

Die gespannte Lage in Oberschlesien

+ **Breslau**, 1. September. (Priv.-Tel.) Der für heute angekündigte neue Generalstreik in Oberschlesien ist bisher unterblieben. Im ganzen Industriebezirk ist Ruhe, doch ist die Stimmung unter der Bevölkerung weiter sehr gedrückt. Viele Familien kehren Oberschlesien schon jetzt den Rücken. Auch die Beamtenschaft hat sich bereits in den Besitz von Ausreisescheinen gesetzt. Von der Leitung der geheimen polnischen Militärorganisation in Oberschlesien wird ein neues Flugblatt verbreitet, in dem es heißt, daß der Aufstand so lange unterhalten werden soll, bis das für die Volksabstimmung vorgesehene Gebiet von deutschen Truppen frei ist.

⊙ **Berlin**, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage in Oberschlesien ist seit drei Tagen stabil. Bei der in Oberschlesien weilenden Ententekommission ist von deutscher Seite gegen die immer noch andauernden Konzentrierungen polnischer Truppen in unmittelbarer Nähe der Grenze Einspruch erhoben worden. Nicht nur die Vollziehung der Todesurteile, sondern auch die Vollstreckung der übrigen Urteile gegen Polen in Oberschlesien ist vorläufig ausgesetzt worden.

T. **Mährisch-Ostrau**, 1. September. (Eig. Drahtbericht.) Es wird gemeldet, daß General Golz mit einer Mission in Oberschlesien eingetroffen sei, um sich an den Kämpfen gegen die Aufständischen zu beteiligen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190902/1